

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden!“ anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Im Grundgesetz und internationalen Übereinkommen hat sich Deutschland dazu bekannt, "dem Frieden der Welt zu dienen“, und zur Friedensbildung bekannt (u.a. UN-KRK, UN-Sozialpakt). Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Friedensbildung gestärkt wird?

Erziehung zur Gewaltfreiheit und konstruktiven Lösung von Konflikten fängt in der frühesten Kindheit an und muss gesellschaftlich gelebt werden. Den Schulen und Universitäten aber auch der Bundeszentrale bzw. den Landeszentralen für politische Bildung wächst dabei eine wichtige Rolle zu. Wir GRÜNE wollen die Friedensforschung, zivilgesellschaftliche Akteure wie den zivilen Friedensdienst und die Vermittlung von Konzepten der zivilen Konfliktbearbeitung, von Mediation oder Prävention stärken. Im Bundestag hat z.B. der von uns angeregte "Unterausschuss Zivile Krisenprävention" in Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung eine Ausstellung zum Thema "Frieden machen" unterstützt, die sich explizit an Schulen richtet. Forderungen nach einem breiteren Forschungs-, Bildungs- und Informationsangebot zum Thema Frieden finden sich regelmäßig in parlamentarischen Initiativen der GRÜNEN (z.B. im Antrag 19/2623 "Friedensmediation als festen Bestandteil deutscher Außenpolitik verankern und deutlich ausbauen" oder im Antrag 19/14111 „Ein Kompass in unruhigen Zeiten – Friedensforschung als Grundlage der Politik stärken“)

2) In Baden-Württemberg wurde die Servicestelle Friedensbildung etabliert, die in den sechs Jahren des Bestehens zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt wurde. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Servicestelle außerhalb Baden-Württembergs bekannter gemacht wird?

Die bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelte Servicestelle Friedensbildung zeigt, dass sich jahrzehntelanges zivilgesellschaftliches Engagement für Friedensbildung und Friedenspädagogik lohnt. Ohne die jahrzehntelange Arbeit der engagierten Mitarbeiter*innen z.B. des "Vereins für Friedenspädagogik", der Berghof-Stiftung, der Friedenswerkstatt Mutlangen, der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden, der kirchlichen Friedensarbeit usw. wäre die Servicestelle nie entstanden. Sie ist nicht nur ein Vorbild für andere Landeszentralen - ihre Materialien und Angebote sind auch bundesweit von Interesse.

3) Die Verankerung der Friedensbildung in der Lehrer*innenausbildung mittels einer Professur für Friedensbildung in Deutschland ist anzustreben. Stimmen Sie zu, dass eine Professur auf den Weg gebracht werden soll, die den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und fördert?

Wir GRÜNE setzen uns generell für die starke Verankerung der Friedensforschung in Deutschland ein. Unter anderem wollen wir die Deutsche Stiftung Friedensforschung finanziell stärken und international vernetzen. Zudem möchten wir mehr Mittel für die langfristige Finanzierung von Forschungs- und Transferbedingungen bereitstellen. Dabei ist uns u.a. der Transfer zu politischen Akteur*innen und der Fachöffentlichkeit ein Anliegen. Die Bedingungen für Personal im Wissenschaftsbereich werden wir gemeinsam mit den Ländern insbesondere für Wissenschaftlicher*innen in einer frühen Karrierephase verbessern. Die Vermittlung von Friedensbildung ist uns ein wichtiges Anliegen, die Einführung einer Professur und die Gestaltung von Lehrinhalten fallen allerdings in die Zuständigkeit der Länder.

4) Der UN-Ausschuss für Kinderrechte und die Kinderkommission des Bundestages fordern von D ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung und Rekrutierung bei Minderjährigen.

Werden Sie sich für den Stopp jeglicher militärischer Werbung bei Minderjährigen unter 18 und deren Rekrutierung einsetzen?

2004 hat Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten ratifiziert und sich damit zu einem weitreichenden Schutz von Minderjährigen verpflichtet. Der Schutz von Kindern vor Gewalt darf aber nicht nur direkte bewaffnete Auseinandersetzungen im Blick haben, sondern auch die Vorbereitung auf diese. Um mit gutem Beispiel voranzugehen und international glaubwürdig auftreten zu können, fordern wir GRÜNE, keine Minderjährige für den Dienst in der Bundeswehr zu rekrutieren und dies auch gesetzlich zu verankern.

5) Der Bundeswehr wird durch Kooperationsvereinbarungen in 8 Bundesländern ein bevorzugter Zugang zu Schulen, Lehrkräfteaus- und -fortbildung eingeräumt. Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen bevorzugten Zugang der Jugendoffiziere aufzuheben?

Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie alle anderen. Daher können auch nicht die gleichen Maßstäbe für die Bundeswehr und andere Organisationen bzw. Unternehmen bei der Personal- und Nachwuchsgewinnung gelten. Es braucht vielmehr klare Regeln, Grenzen und Leitplanken. Einseitige Werbung, die den Dienst bei der Bundeswehr als Abenteuer camp darstellt, verbietet sich. Wir GRÜNE fordern zudem eine strikte Trennung zwischen Informationsarbeit und Nachwuchswerbung an Schulen. Während ein kritischer und ausgewogener Austausch auch an Schulen möglich sein sollte, darf es keine gezielte Anwerbung Minderjähriger geben. Es braucht neben militärischen ausreichend Raum für zivilgesellschaftliche Ansätze und Perspektiven, um eine ganzheitliche friedens- und sicherheitspolitische Aufklärung sicherzustellen.

6) An einigen Orten gibt es mehr oder weniger intensive Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben. Mit dem Problem, den Blick zu verstellen, dass der Wohlstand der Region auf todbringenden Waffen beruht. Teilen Sie mit uns die Kritik an Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben?

Als Bildungseinrichtungen sollten Schulen bei Kooperationen mit Betrieben immer darauf achten, eine kritische Distanz zu wahren. Das gilt auch für potentielle Kooperationen mit Rüstungsunternehmen. Wir GRÜNE halten andererseits nichts davon, Rüstungsbetriebe oder deren Beschäftigte pauschal zu verurteilen.